



Protokoll

über die 18. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Donnerstag, 27.11.2014
Sitzungsbeginn:	19:15 Uhr
Sitzungsende:	20:57 Uhr
Ort, Raum:	Saal der Lindenhalle, Halberstädter Str. 1, 38300 Wolfenbüttel

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Märtens, Julian

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Hantelmann, Klaus

Ordentliche Mitglieder

Barkhau, Holger
Ganzauer, Oliver
Gerndt, Reinhard Dr.
Heider, Ute
Jakob, Thomas
Krause, Patrick
Löhr, Norbert
Pink, Maximilian
Rautmann, Dirk

Stimmberechtigte Mitglieder in Schulangelegenheiten gem. § 110 NSchG

Pasemann, Volker	Vertretung Lehrerschaft der allgemein bildenden Schulen
Meier-Winkler, Marina	Vertretung Elternschaft der allgemein bildenden Schulen

nicht stimmberechtigte Mitglieder in Sportangelegenheiten

Fahlbusch, Susanne
Schmidt, Elke
Samel, Marc

Von der Verwaltung

Steinbrügge, Christiana	Landrätin
Beddig, Heiko	Amtsleitung Zentrale Dienste
Walter, Sabine	Amtsleitung Jugendamt
Alpert, Frank	Leitung der Abteilung Jugend- und Erziehungshilfe

Böttcher, Bettina
Brandt, Martina
Langer, Martin

Jugendamt
stellvertretende Referatsleitung Schule und Sport
Protokollführer

Es fehlen:

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Perli, Victor

Stimmberechtigte Mitglieder in Schulangelegenheiten gem. § 110 NSchG

Kramer, Peter	Vertretung Lehrerschaft der berufsbildenden Schulen
Wiechenberg, Dieter	Vertreter der Organisationen der Arbeitnehmersverbände
Casper, Manfred	Vertreter der Organisationen der Arbeitgeberverbände

nicht stimmberechtigte Mitglieder in Sportangelegenheiten

Gramatte, Konrad
Samel, Marc
Schleier, Peter

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der 3. gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport des Landkreises Wolfenbüttel und des Ausschusses für das Schulwesen der Stadt Wolfenbüttel
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Anfragen (§§ 23, 4e GO)
- 4.1. Einwohnerfragestunde
5. Schulentwicklungsplanung in der Stadt und dem Landkreis Wolfenbüttel; Sachstand und Ausblick
Bezug: §§ 6 und 7 der Schulvereinbarung für die Sekundarbereiche I und II der Stadt und Landkreis Wolfenbüttel
-Einleitender Sachstandsbericht beider Verwaltungen und anschließende Diskussion-
6. Genehmigung des Protokolls über die 17. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 17.09.2014 (§§ 23, 4d GO)
7. Anfragen (§§ 23, 4e GO)
- 7.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)
- 7.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 15 Abs. 2 GO)
8. Aktueller Entwicklungsstand und Empfehlungen der Arbeitsgruppe "Sozialarbeit in Schulen"
Vorlage: XVII-0489/2014
9. Gymnasiale Oberstufe an Integrierten Gesamtschule (IGS) Wallstr.; hier: Raumbedarf sowie notwendige Umgestaltungs-, Erweiterungs- und Ausstattungsmaßnahmen

Vorlage: XVII-0506/2014

10. Schulentwicklungsplanung;
hier: geplante Information der Öffentlichkeit
Vorlage: XVII-0505/2014
11. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: XVII-0490/2014
12. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2015 -
Teilhaushalt Schule und Sport (40)
Vorlage: XVII-0490/2014/2
13. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4
NKomVG, §§ 23, 4i GO)
14. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Öffentliche Sitzung

- TOP 1 Eröffnung der 3. gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport des Landkreises Wolfenbüttel und des Ausschusses für das Schulwesen der Stadt Wolfenbüttel**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**
- TOP 4 Anfragen (§§ 23, 4e GO)**
- TOP 4.1 Einwohnerfragestunde**
- TOP 5 Schulentwicklungsplanung in der Stadt und dem Landkreis Wolfenbüttel; Sachstand und Ausblick
Bezug: §§ 6 und 7 der Schulvereinbarung für die Sekundarbereiche I und II der Stadt und Landkreis Wolfenbüttel
-Einleitender Sachstandsbericht beider Verwaltungen und anschließende Diskussion-**

Das Protokoll der 3. gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport des Landkreises Wolfenbüttel und des Ausschusses für das Schulwesen der Stadt Wolfenbüttel wird durch die Stadt Wolfenbüttel separat erstellt.

Beginn der 18. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport des XVII. gewählten Kreistages

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr KAbg. Märtens eröffnet um 19:15 Uhr die 18. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport des XVII. gewählten Kreistages.

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)

Der Ausschussvorsitzende Herr KAbg. Märtens stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)

Der Tagesordnungspunkt 12 (Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2015 - Teilhaushalt Schule und Sport (40) - Vorlage Nr. XVII-0490/2014/2) wird auf Tagesordnungspunkt 11 vor die Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2015 (Vorlage Nr. XVII-0490/2014) vorgezogen.

Herr KAbg. Märtens stellt sodann die geänderte Tagesordnung fest.

TOP 6 Genehmigung des Protokolls über die 17. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 17.09.2014 (§§ 23, 4d GO)

Der Ausschussvorsitzende Herr KAbg. Märtens stellt die Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport vom 17.09.2014, die allen Kreistagsabgeordneten und Ausschussmitgliedern vorliegt, zur Aussprache.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Schule und Sport einstimmig, bei 3 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 17. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport des Landkreises Wolfenbüttel vom 17.09.2014 wird genehmigt.

TOP 7 Anfragen (§§ 23, 4e GO)

TOP 7.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

TOP 7.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

Anfragen von Kreistagsmitgliedern und Ausschussmitgliedern liegen nicht vor.

TOP 8 Aktueller Entwicklungsstand und Empfehlungen der Arbeitsgruppe "Sozialarbeit in Schulen" Vorlage: XVII-0489/2014

Herr Alpert erläutert die Vorlage Nr. XVII-0489/2014 aufgrund des aktuellen Entwicklungsstandes und der Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Sozialarbeit in Schulen“.

2010 haben Politik und Verwaltung gemeinsam die Feststellung getroffen, dass gut ausgebildete junge Menschen für die Zukunft unserer Region ein wichtiges Potential seien. Bildung und Teilhabe sei dabei eine große politische Herausforderung und habe im kommunalen Verantwortungsbereich eine wichtige Bedeutung. Ausgangspunkt für Bildungsprozesse sei in den verschiedenen Lebensphasen die kommunale Ebene. Hier entscheide sich Erfolg oder Misserfolg von Bildung. Die Grundlagen für berufliche Perspektiven, gesellschaftliche Teilhabe und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit einer Region werden hier gelegt. Aus diesem Grund investiere der Landkreis Wolfenbüttel seit 2010 in die Zukunft der jungen Menschen in Bereichen der Prävention, Intervention, Integration und Inklusion. Die Projekte seien dabei vielfältig.

Vor ca. 6 Monaten habe sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die den aktuellen Entwicklungsstand aller Sozialarbeiter an Schulen feststellen und Empfehlungen geben sollte.

Der vorliegende Entwicklungsstand und die Empfehlungen der Arbeitsgruppe Sozialarbeit an Schulen sei eine Erfolgsbilanz mehrerer Projekte, unterschiedlichster Finanzierungsquellen und unterschiedlicher Organisationsanbindungen, zur Kenntnis gegeben werde. Das vorliegende Papier soll einen Überblick verschaffen.

Besonders hervorzuheben sei an dieser Stelle die hervorragende übergreifende Zusammenarbeit der Schulträger, der Schulleitungen, der Hauptverwaltungsbeamten und der Politik.

Der Einsatz von Sozialarbeit an Schulen sei flächendeckend erfolgt, werde jedoch, soweit möglich, der Bedarfslage angepasst. Bei veränderten Entwicklungen müssten Schulen selbstständig tätig werden und die Bedarfssituation melden.

Herr KAbg. Jakob plädiert für die Fortsetzung der Schulsozialarbeit an Gymnasien.

Herr KAbg. Hantelmann spricht sich für eine Konzentration der Mittel aus. An den Gymnasien stünden Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer bereit.

Frau Landrätin Steinbrügge verweist auf die begrenzten Ressourcen, die zielgerichtet an vordringlichen Bedarfen einzusetzen seien. Schülerinnen und Schüler an Gymnasien und deren Eltern nehmen andere Unterstützungsleistungen und weniger Erziehungsberatung in Anspruch. Zur Kostenbeteiligung des Landes Niedersachsen liege noch keine Entscheidung vor.

Herr KAbg. Barkau ergänzt, dass an Gymnasien die Probleme aufgrund der Anforderungen eher im psychischen Bereich lägen.

Herr Alpert erläutert, dass das Projekt „Sozialarbeit an Gymnasien“ bis März 2016 laufe. Das Projekt werde ausgewertet und erst dann werde entschieden, ob es in den Regelbetrieb übergehe.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Schule und Sport nimmt den aktuellen Entwicklungsstand und die Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Sozialarbeit in Schulen“ zur Kenntnis.

TOP 9 Gymnasiale Oberstufe an Integrierten Gesamtschule (IGS) Wallstr.;
hier: Raumbedarf sowie notwendige Umgestaltungs-, Erweiterungs-
und Ausstattungsmaßnahmen
Vorlage: XVII-0506/2014

Der Ausschussvorsitzende KAbg. Märtens erklärt, dass die Schulleiterin der Schule am Teichgarten, Frau Sonnemann, ihn gebeten habe, vor dem Ausschuss ihre Bedenken zur Errichtung einer Gymnasialen Oberstufe im Gebäude der Schule am Teichgarten vortragen zu dürfen. Er schlägt mit Verweis auf die Geschäftsordnung vor, der Schulleiterin der Schule am Teichgarten, Frau Sonnemann, und der Schulleiterin der Integrierten Gesamtschule (IGS) Wallstraße, Frau Miede, die Gelegenheit zu geben, zum vorliegenden Sachverhalt vor dem Ausschuss persönlich Stellung zu nehmen.

Dies findet die Zustimmung der anwesenden Ausschussmitglieder.

Zunächst gibt Frau Brandt ergänzende Erläuterungen zur Vorlage Nr. XVII-0506/2014. Der Verwaltung läge ebenfalls ein Schreiben von Frau Sonnemann vor (**Anlage 1**). Die vorgeschlagene Raumaufteilung sei nicht abschließend festgelegt, eine Belastung des Schulalltags durch Umbauarbeiten könne nachvollzogen werden, sei aber notwendig und auch bei einem Verbleib der Förderschule seien weitere Sanierungsmaßnahmen notwendig. Details zu den Regionalstellen Inklusion seien noch nicht bekannt. Die Gymnasiale Oberstufe der IGS Wallstraße beanspruche nicht alle Räumlichkeiten. Es seien daher noch Räume für die Einrichtung einer Regionalstelle Inklusion vorhanden. Für einen erhöhten Raumbedarf der Peter-Räuber-Schule wird die Verwaltung zu gegebener Zeit Lösungsmöglichkeiten finden. Eine andere Möglichkeit, die Gymnasiale Oberstufe der IGS Wallstraße in rechtlich zulässiger Entfernung zu errichten, sehe die Verwaltung nicht.

Frau Sonnemann gibt zu bedenken, dass das vorliegende Raumkonzept Fakten schaffe, obwohl das Niedersächsische Schulgesetz mit den Regelungen zur Zukunft der Förderschulen erst im Entwurf vorläge. In den vergangenen Jahren seien erhebliche Mittel in die Schule am Teichgarten investiert worden, um den pädagogischen Ansprüchen einer Ganztagschule gerecht zu werden. Die Fachräume seien für eine Doppelnutzung durch die Schule am Teichgarten und die IGS Wallstraße nicht geeignet, da lediglich 16 Facharbeitsplätze je Raum zur Verfügung stünden und eine Erweiterung nicht ohne Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten der Förderschüler möglich sei. Die Verantwortung für die Facharbeitsplätze läge bei den Lehrerinnen und Lehrern. Ferner seien für die einzurichtenden Regionalstellen Inklusion umfassende Räumlichkeiten notwendig und die Peter-Räuber-Schule habe, aufgrund steigender Schülerzahlen, ebenfalls Interesse an zusätzlichen Räumlichkeiten in der Schule am Teichgarten signalisiert. Sie appelliere an einen gemeinsamen Auftrag zur Inklusion. Ziel müsse es sein, die Inklusion erfolgreich umzusetzen und die dafür notwendigen sonderpädagogischen Kompetenzen in der Stadt Wolfenbüttel zu belassen.

Frau Miede erklärt, dass die IGS Wallstraße von vornherein als Schule mit Gymnasialer Oberstufe geplant gewesen sei. Sie sehe keine baulichen Erweiterungsmöglichkeiten ihrer Schule. Die Errichtung einer Gymnasialen Oberstufe im Gebäude der ehemaligen Ludwig-von-Strümpell-Schule in Schöppenstedt sei rechtlich nicht möglich. Der Unterricht in der Gymnasialen Oberstufe fände in

Gruppen von 16 bis 20 Schülerinnen und Schüler statt. Zudem seien es ältere Schülerinnen und Schüler in den Jahrgängen 11 bis 13. Die Nähe der Schule am Teichgarten zur IGS Wallstraße und die räumlichen Möglichkeiten seien ideal.

Frau Landrätin Steinbrügge erinnert daran, dass es Aufgabe sei, die Errichtung der Gymnasialen Oberstufe der IGS Wallstraße zu realisieren. Der Entwurf des Niedersächsischen Schulgesetzes sei zu berücksichtigen. Danach liefen die Förderschulen sukzessive aus. Das entstehende Raumangebot an der Schule am Teichgarten solle genutzt werden. Sie ziehe die vorliegende Planung einer Containerlösung auf dem Außengelände der Schule am Teichgarten vor. Die Errichtung der Kompetenzzentren Inklusion könne derzeit nicht in die Planung einbezogen werden, da die entsprechenden Detailregelungen noch fehlen. Die Beschulung der Schülerinnen und Schüler der Förderschule am Teichgarten und der Gymnasialen Oberstufe der IGS Wallstraße sei eine Chance im Sinne einer gelebten Inklusion.

Herr KAbg. Hantelmann hält die gemeinsame Beschulung von SEKII-Schülerinnen und -Schülern der Oberstufe der IGS Wallstraße und der Schülerinnen und Schüler der Schule am Teichgarten für wenig problematisch.

Herr KAbg. Jakob begrüßt die Abkehr von der Containerlösung. Er rechne mit einer sozialen Kompetenz der SEKII-Schülerinnen und -Schüler der IGS Wallstraße. Das räumliche Konzept der Trennung der Schulformen im Gebäude der Schule am Teichgarten sei schlüssig. Ein Neubau stelle eine Belastung für den Haushalt dar. Zudem seien eine Schulschließung in der Fläche und ein Neubau in der Stadt Wolfenbüttel nicht zu vermitteln.

Frau Landrätin Steinbrügge ergänzt, dass keine durchgängige Doppelnutzung standfände. Räume für Musik-, EDV- oder Kunstunterricht oder das Lehrerzimmer würden nur an wenigen Wochenstunden durch die Oberstufe genutzt. Bei rechtlichen Änderungen seien auch weiterhin planerische Veränderungen möglich.

Herr KAbg. Hantelmann erklärt Beratungsbedarf für seine Fraktion und signalisiert, sich bei einer Abstimmung in der heutigen Sitzung zu enthalten.

Ausschussvorsitzender Herr Märtens schlägt daher ein zeitnahes Treffen mit den Schulleiterinnen Frau Sonnemann und Frau Mieke vor der nächsten Sitzung des Kreisausschusses vor.

In der anschließenden Diskussion zwischen Frau Mieke und den KAbgn. Krause, Barkhau, Jakob und Ganzauer wurde ein Treffen mit dem Ziel der Einrichtung einer Oberstufe befürwortet.

Der Ausschussvorsitzender Herr KAbg. Märtens fasst zusammen, dass die Vorlage ohne Beschluss an den Kreisausschuss zu verweisen sei und an dem vereinbarten Treffen die Schulleiterinnen, je ein Vertreter der Fraktionen, Vertreter der Verwaltung und er selbst als Ausschussvorsitzender teilnehmen. Das Schreiben von Frau Sonnemann solle dem Protokoll beigefügt werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Schule und Sport einstimmig nachstehenden

Beschlussempfehlung:

Die Vorlage Nr. XVII-0506/2014 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

**TOP 10 Schulentwicklungsplanung;
hier: geplante Information der Öffentlichkeit
Vorlage: XVII-0505/2014**

Frau Brandt erläutert die Vorlage Nr. XVII-0505/2014.

Herr KAbg. Hantelmann erklärt, dass er nach Gesprächen u.a. mit der Schulleiterin der Henriette-Breymann-Gesamtschule zu dem Ergebnis gekommen sei, dass eine weitere IGS in der Fläche die beiden IGS-Standorte in der Stadt Wolfenbüttel schwächen werde. Er persönlich plädiere für die Errichtung von zwei Oberschulen im Kreisgebiet.

Herr KAbg. Barkau zeigt sich überrascht, dass nach Abfrage des Meinungsbildes in der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung (AG SEP) vier Szenarien in der Diskussion sein sollten, sich nun aber nur die Szenarien A und C in der Vorlage wiederfinden.

Herr KAbg. Jakob erwidert, dass in der letzten Sitzung der AG SEP nur die Szenarien A und C die entsprechende Zustimmung für eine Vorstellung in der Öffentlichkeit erhalten hätten. Die Errichtung von drei IGS-Standorten gefährde die beiden IGS-Standorte in der Stadt Wolfenbüttel in ihrem Bestand.

Frau Landrätin Steinbrügge erläutert, dass in der letzten Sitzung der AG SEP ein Meinungsbild abgefragt worden sei. Die Empfehlung, die Szenarien A und C in der Öffentlichkeit vorzustellen, sei anschließend an den Ausschuss für Schule und Sport gegangen. Das Szenario zwei Oberschulen einzurichten, sei bislang noch nicht in der Diskussion gewesen.

Herr KAbg. Gerndt plädiert dafür, mit vier Szenarien in die Öffentlichkeit zu gehen. Für ihn gehe es um eine Elterninformation im Sinne eines Beteiligungsprozesses, bei dem die rechtlich möglichen Szenarien in der Diskussion bleiben sollten.

Herr KAbg. Löhr kündigt an, dass er der Vorlage nicht zustimmen werde, da die Auswirkungen der Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes und die Entwicklung der Diskussion um eine Fusion nicht absehbar seien. Zudem seien bei der Ermittlung der Schülerzahlen die Rückläufer von den Gymnasien zu berücksichtigen.

Für Herrn KAbg. Barkau ist die Reaktion des KAbg. Löher nicht nachvollziehbar. Er selbst sei für die Erweiterung um die Szenarien der Errichtung von zwei Oberschul-Standorten bzw. drei IGS Standorten im Kreisgebiet. Für die Errichtung von 3 Oberschul-Standorten fehle jedoch die Rechtsgrundlage.

Für Frau Landrätin Steinbrügge sei der anstehende Beteiligungsprozess eine Möglichkeit über die verschiedenen Szenarien zu informieren und Chancen und Risiken bzw. Vor- und Nachteile aufzuzeigen. Daher könne Sie sich auch die Einbeziehung der beiden Szenarien vorstellen.

Die Kreistagsabgeordneten Heider und Ganzauer verweisen auf die ermittelten Schülerzahlen. Die Errichtung von drei weiteren IGS sei demnach nicht realistisch und führe zu einer qualitativen Abwertung des Unterrichtsangebots.

Herr KAbg. Gerndt hält weiterhin drei IGS Standorte im Kreisgebiet für rechnerisch und tatsächlich machbar. Da heute niemand sagen könne, wie die Zustimmung zur IGS ausfalle, sei er für die Berücksichtigung dieses Szenarios in der Informationsphase.

Frau Meier-Winkler spricht sich dafür aus, mit drei Szenarien in die Öffentlichkeit zu gehen.

Herr KAbg. Rautmann bittet darum, zu den geplanten Informationsveranstaltungen nicht nur die betroffenen Eltern, sondern auch die Kommunalpolitiker einzuladen, den letztlich ginge es bei den anstehenden Entscheidungen auch immer um die Schulstandorte. Da für ihn nur eine fünfzügige IGS pädagogisch Sinn mache, könne er dem Vorschlag der Errichtung weiterer IGS Standorte nicht zustimmen.

Der Ausschussvorsitzende Herr KAbg. Märtens lässt blockweise über die Szenarien A, B mit G, C und zwei Oberschulen (2 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen, 2 Stimmenthaltungen) und die Szenarien A und C und zwei Oberschulen (10 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung) abstimmen.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt einstimmig, bei zehn Ja-Stimmen, zwei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung dem Kreisausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, 5 Veranstaltungen an jedem Schulstandort der kombinierten Haupt- und Realschulen und in der Stadt Wolfenbüttel durchzuführen, in denen über die bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung, die derzeitige Situation in der Schullandschaft und die Möglichkeiten für die künftige Planung des Schulangebotes im Sekundarbereich I informiert wird.

Folgende erarbeitete Szenarien sollen der Öffentlichkeit vorgestellt werden:

Szenario A: 1 IGS in Sickinge und 1 IGS im Südkreis
Szenario C: 1 IGS in Sickinge und 1 Oberschule im Südkreis
„Szenario neu“: 2 Oberschulen

TOP 11 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2015 - Teilhaushalt Schule und Sport (40) Vorlage: XVII-0490/2014/2

Frau Brandt gibt ergänzende Erläuterungen zur Vorlage Nr. XVII-0490/2014/2. Eine wesentliche Änderung sei, dass die interne Leistungsverrechnung nun zu 100% durchgeführt werde. Der Ergebnishaushalt ist im Verhältnis zu 2013 erhöht, da im letzten Jahr zu wenig kalkuliert worden sei. Die Erhöhung des Ansatzes für die Schülerbeförderung resultiere aus der europaweiten Ausschreibung. Im Finanzhaushalt seien Zahlungen in die Kreisschulbaukasse berücksichtigt. Der Ansatz für die Mensa in der Schule im Innerstetal in Baddeckenstedt sei gekürzt worden, da die Einrichtung einer Oberschule noch ungeklärt sei.

Frau Landrätin Steinbrügge ergänzt, dass es Gespräche mit dem Land Niedersachsen zur Kostenbeteiligung bei der Umsetzung der Inklusion gegeben habe. Für das Jahr 2015 werde das Land Niedersachsen für bauliche Maßnahmen 12 Millionen Euro und ab 2016 jährlich 20 Millionen an die Schulträger auszahlen. Für Integrationshilfen stelle das Land Niedersachsen ab 2015 5,8 Millionen und ab 2016 10 Millionen zur Verfügung.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Kenntnisnahme:

Von den ergänzenden Erläuterungen des Teilhaushaltes 40 für das Haushaltsjahr 2015 wird Kenntnis genommen.

**TOP 12 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das
Haushaltsjahr 2015
Vorlage: XVII-0490/2014**

Herr KAbg. Ganzauer erklärt für seine Fraktionen, dass eine Abstimmung zurzeit nicht möglich sei, da die Haushaltsberatungen in den Fraktionen noch erfolgen werden.

Kreisausschussvorsitzender Märtens stellt fest, dass dies auch bei den anderen Kreistagsfraktionen der Fall sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Schule und Sport einstimmig nachstehenden

Beschlussempfehlung:

Die Vorlage Nr. XVII-0490/2014 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

**TOP 13 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§
85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)**

Frau Landrätin Steinbrügge erläutert, dass die, für die Errichtung einer Oberschule in Samtgemeinde Baddeckenstedt erforderliche Schülerzahl voraussichtlich nicht erreicht werde. Nach weiteren Gesprächen mit dem Land Niedersachsen müsste nun eine Mindestschülerzahl von 40 Schülerinnen und Schüler über einen Prognosezeitraum von 10 Jahren gehalten werden. Jedoch werde nach der aktuellen Prognose selbst diese Mindestschülerzahl nicht erreicht. Von der Samtgemeinde Baddeckenstedt und der Schulleiterin der Schule im Innerstetal sei der Wunsch nach einer Elternbefragung an den Landkreis herangetragen worden. In laufenden Gesprächen mit der Stadt Salzgitter sei der Landkreis nun in der Klärung, ob eine Elternbefragung auch im Gebiet der Stadt Salzgitter durchgeführt werden dürfe.

TOP 14 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

Der Ausschussvorsitzende Herr KAbg. Märtens schließt um 20.57 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Landrätin

Protokollführer